

Inhaltsverzeichnis

Einführung	1
I. Die Problematik der Überwirkung und der extraterritorialen Geltung	3
II. Korrektiv des (wirtschaftlich relevanten) Inlandsbezugs	4
III. Gang der Untersuchung	5
Teil 1: Möglichkeiten einer Beschränkung des Schutzlandprinzips.....	7
Kapitel 1: Darstellung der dogmatischen Grundlagen im Kollisionsrecht	7
I. Das Territorialitätsprinzip.....	9
1. Keine kodifizierte Grundlage des Territorialitätsprinzip	9
2. Entstehung des Territorialitätsprinzips.....	10
2.1 Abkehr vom Universalitätsprinzip	11
2.1.1 Ubiquitäre Medien als Argument für eine Rückkehr zum Universalitätsprinzip?	11
2.1.2 Uneingeschränkte Geltung des Territorialitätsprinzips im Markenrecht	12
2.1.3 Stellungnahme	13
2.2 Sinn und Zweck des Territorialitätsprinzips	16
3. Aussagen des Territorialitätsprinzips.....	16
3.1 Räumlich territoriale Schutzwirkung	17
3.2 Notwendigkeit einer Inlandshandlung	18
3.3 Anerkennung ausländischer Schutzrechte.....	19
4. Normativer Gehalt des Territorialitätsprinzips	21
4.1 Keine kollisionsrechtliche Aussage zur Anknüpfung im Territorialitätsprinzip	21
4.2 Meinungsstand	21
4.3 Stellungnahme	23

5. Keine kollisionsrechtliche Bedeutung des Territorialitätsprinzips.....	25
5.1 Bestimmung des Prüfungsmaßstabs für mögliche Einschränkungen auf Ebene der kollisionsrechtlichen Schutzlandanknüpfung.....	26
5.2 Das Territorialitätsprinzip als rein sachrechtliches Prinzip.....	27
5.3 Zwischenergebnis.....	28
6. Stellungnahme	29
II. Das Schutzlandprinzip	31
1. Inhalt und Aussagegehalt des Schutzlandprinzips	32
1.1. Die Bedeutung der Schutzlandanknüpfung nach der Normierung in Art. 8 Abs. 1 Rom II-VO.....	33
1.2. Verständnis der herrschenden Meinung	35
1.2.1 Die Bedeutung des Klägerwillen.....	35
1.2.1.1 Der Klägerwille als Anknüpfungsmoment.....	37
1.2.1.2 Zum Umfang der Substantiierungsanforderung	38
1.2.1.3 Sachvortrag statt klägerischem Willen	40
1.2.2 Zwischenergebnis.....	41
1.3 Das Schutzlandprinzip als Ausprägung der <i>lex loci delicti commissi</i>	41
1.4 Die Ansicht der Rechtsprechung	44
1.4.1 Rechtsprechung des BGH zum Schutzlandprinzip.....	45
1.4.1.1 Entscheidung „Spielbankaffaire“	45
1.4.1.2 Entscheidung „Sender Felsberg“	46
1.4.1.3 Entscheidungen „Hotel Maritime“, „Cambridge Institute“ und „Oscar“	46
1.4.1.4 Entscheidungen „Le-Corbusier-Möbel II“ und „Hi Hotel II“ ...	49
1.4.2 Die Rechtsprechung des EuGH zum Schutzlandprinzip.....	49
1.4.3 Zwischenergebnis.....	51

2. Bestehende Ausnahmen einer Anknüpfung nach dem Schutzlandprinzip.....	52
III. Stellungnahme	54
Kapitel 2: Untersuchung einer Beschränkung der Schutzlandanknüpfung	57
I. Möglichkeiten zur Beschränkung der Schutzlandanknüpfung nach Art. 8 Abs. 1 Rom II-VO	57
1. Vertretene Auffassungen einer Beschränkung	57
1.1 Beschränkung über das Merkmal der „Verletzung“ oder des „Verletzungsortes“.....	57
1.2 Nichtanwendbarkeit bei offenkundigem Ausschluss einer tatbestandlichen Verletzung	59
1.3 Kollisionsrechtliche de-minimis Beschränkung sowie Beschränkung auf Rechtsfolgenseite.....	59
1.4 Die Lokalisierung des Schutzortes	60
1.5 Die kollisionsrechtliche Lokalisierung des Handlungsorts.....	62
1.6 Prüfung eines „inländischen Ereignisses“	65
1.7 Keine Einbeziehung von Vorbereitungshandlungen	67
1.8 Beschränkung auf das Recht der Schutzländer des intendierten Abrufgebiets	71
1.9 Alleinige Anknüpfung an das Recht des Ausgangsstaates.....	71
1.10 Einschränkendes Kriterium einer (wettbewerbsrechtlichen) Spürbarkeit	72
2. Kritische Auseinandersetzung innerhalb der verschiedenen Ansätze.....	79
2.1 Zur Prüfung einer (wettbewerbsrechtlichen) Spürbarkeit	79
2.2 Zur kollisionsrechtlichen Lokalisierung des Handlungsorts.....	81
2.3 Zur Beschränkung de minimis sowie auf Ebene der Rechtsfolgen	82
2.4 Zum Ausschluss von nicht relevanten Vorbereitungshandlungen und zur Nichtanwendbarkeit bei offenkundigem Ausschluss der tatbestandlichen Verletzung	83

2.5 Zur Anknüpfung an das Recht des Ausgangsstaates	84
2.6 Zur Beschränkung über das Merkmal der „Verletzung“ sowie des „Verletzungsortes“	84
2.7 Fehlende taugliche Kriterien einer Einschränkung	85
2.8 Stellungnahme	86
II. Analyse einer kollisionsrechtlichen Einschränkung des Schutzlandprinzips	89
1. Vorüberlegungen zur Untersuchung der dargestellten Ansätze	89
2. Ausgangslage	91
2.1. Sinnhaftigkeit einer Einschränkung des Schutzlandprinzips	91
2.2. Notwendigkeit einer Einschränkung des Schutzlandprinzips	93
2.2.1 Lehren aus der Bogsch-Theorie	94
2.2.2 Gefahr sachrechtlicher Vorentscheidung auf kollisionsrechtlicher Ebene	96
2.2.2.1 Fehlende Ausdifferenzierung bei Multistate-Verstößen.....	97
2.2.2.2 Mögliche Überwirkung der strengsten Rechtsordnung	99
3. Dogmatische Zulässigkeit einer Beschränkung des Schutzlandprinzips	100
3.1 Ermittlung durch Auslegung	101
3.1.1 Historische Auslegung: Art. 8 Abs. 1 Rom II-VO	103
3.1.1.1 Zur Entstehung der Rom II-VO	103
3.1.1.2 Historische Auslegung des Art. 8 Abs. 1 Rom II-VO vor dem Hintergrund alternativer Anknüpfungsregelungen	106
3.1.1.3 Die Bedeutung des Vorschlags der Hamburg Group of International Private Law	109
3.1.1.3 Hinweis auf den Ort der Verletzungshandlung als Anknüpfungspunkt.....	110
3.1.1.4 Zwischenergebnis der historischen Auslegung	111
3.1.2 Wortlaut.....	113

3.1.2.1 Untersuchung der verschiedenen Sprachfassungen	114
3.1.2.2 Mögliche Deutungsvarianten der Wortlautauslegung	118
3.1.2.2 Zwischenergebnis der Wortauslegung	122
3.1.3 Systematische Auslegung	122
3.1.3.1 Einordnung einer „Verletzung“ unter systematischen Gesichtspunkten	123
3.1.3.2 Systematische Stellung der Schutzlandanknüpfung innerhalb der Rom II-VO	125
3.1.3.3 Zwischenergebnis einer systematischen Auslegung	127
3.1.4 Teleologische Auslegung	127
3.1.4.1 Ausgangserwägungen der Kommission	128
3.1.4.2 Untersuchung der involvierten Interessen	130
3.1.4.3 Teleologische Reduktion	133
3.2 Alternativer Lösungsansatz	138
3.2.1 Bestehende Regelungslücke?	139
3.2.2 Alternative Anknüpfung an eine einzelne zu bestimmende Rechtsordnung	140
3.2.3 Würdigung des alternativen Lösungsansatzes	141
III. Auslegungsergebnis und Würdigung	144
 Teil 2: Beschränkung extraterritorialer Tendenzen auf Sachrechtsebene ...	149
Kapitel 3: Sachrechtliche Begrenzung von Markenrechtsverletzungen	149
I. Notwendigkeit der Begrenzung extraterritorialer Tendenzen	150
II. Unzulässigkeit einer Korrektur auf Rechtsfolgenseite	152
III. Vertretene Ansätze zur Prüfung eines „Inlandsbezugs“ als sachrechtliches Korrektiv	153
1. Die Empfehlung der WIPO als Ausgangspunkt einer Korrektur	154
1.1 Systematik der Prüfung von Umständen eines „commercial effects“	156

1.2 Durchführung eines Notifizierungsverfahrens	158
1.3 Berücksichtigung eines „use in bad faith“	160
1.4 Stellungnahme	160
2. Analyse der Rechtsprechung	161
2.1 Das Verständnis des „Inlandsbezugs“ vor der Entscheidung „Hotel Maritime“	161
2.1.1 Die Entscheidungen „Maja“ und „Tampax“ des BGH.....	162
2.1.2 Uneinheitliche Rechtsprechung der Instanzgerichte	164
2.1.2.1 Wertende Entscheidung.....	165
2.1.2.2 Prüfung eines Inlandsbezugs anhand von Finalitätsaspekten.....	166
2.1.2.3 Prüfung der wirtschaftlichen Auswirkung	167
2.1.3 Zwischenergebnis.....	171
2.2 Das Verständnis der Rechtsprechung nach der Entscheidung Hotel Maritime	172
2.2.1 Die Entscheidung Hotel Maritime	172
2.2.2 Anwendung der Grundsätze durch die Instanzgerichte	174
2.2.2.1 Fortführung durch LG Köln	175
2.2.2.2 Weites Verständnis des OLG Düsseldorf und OLG München.....	176
2.3 Die Weiterentwicklung des Inlandsbezugs in der Entscheidung „Oscar“	178
2.3.1 Umfängliche Gesamtabwägung.....	179
2.3.2 Inhalt der Gesamtabwägung	180
2.3.2.1 Vermutung einer „unwesentlichen Beeinträchtigung“.....	181
2.3.2.2 Doppelte Berücksichtigung der Interessen des Zeicheninhabers.....	181
2.3.2.3 Systemfremdes Abstellen auf wirtschaftliche Aspekte	183

2.3.2.4 Stellungnahme	184
2.3.3 Anwendung der Grundsätze nach „Oscar“ durch die Instanzgerichte	186
2.3.3.1 Die Gesamtabwägung des Berufungsgerichts in Sachen „Oscar“	186
2.3.3.2 Weitere Prüfung der „Gesamtabwägung“ in der instanzgerichtlichen Rechtsprechung.....	187
2.4 Stellungnahme und Stand der Rechtsprechung des BGH	189
2.5 Vergleich Lösungsansatz der Rechtsprechung mit „commercial effect“ der WIPO.....	192
3. Ansicht des EuGH	194
3.1 Lokalisierungserwägungen des EuGH	194
3.1.1 Die Entscheidung Donner.....	195
3.1.2 Die Entscheidung L'Oreal	196
3.1.3 Die Entscheidung Football Dataco.....	201
3.2 Stellungnahme	204
4. Ansätze der Literatur.....	205
4.1 Betrachtung einer wettbewerbsrechtlichen Auswirkung	206
4.1.1 Vermeidung von Finalitätsaspekten im Ausgangspunkt	207
4.1.2 Betrachtung der Auswirkungen und Zielgerichtetetheit.....	208
4.2 „Lokalisierung der Verletzungshandlung“ und Staaten der „bloßen ökonomischen Auswirkung“	211
4.3 Bestimmungsgemäßes Abrufgebiet	212
4.4 Annahme einer Koexistenz von Zeichenrechten mit Unlauterkeitsvorbehalt	213
4.4.1 Interessenabwägung nach Vorbild des Erstreckungsgesetzes und Koexistenz mit Zusätzen.....	215
4.4.2 Koexistenz mit Unlauterkeitsvorbehalt	216

4.5 Absicht einer hinzutretenden inländischen Verwertungshandlung.....	219
5. Stellungnahme	220
5.1 Abzulehnende Lösungsansätze.....	220
5.2 Kumulative Betrachtung von (wirtschaftlichen) Auswirkungen und Finalitätsaspekten bei der Gesamtabwägung.....	223
IV. Dogmatische Betrachtung einer Beschränkung auf Sachrechtsebene	226
1. Ansicht der Rechtsprechung.....	226
2. Stimmen aus der Literatur.....	227
2.1 Inländische Verletzungshandlung infolge Auslegung als tatbestandliche Handlung	227
2.2 Das Merkmal der Benutzung im „geschäftlichen Verkehr“	228
2.3 Teleologische Reduktion des Tatbestands.....	230
3. Stellungnahme	230
3.1 Untauglichkeit des Territorialitätsprinzips zur Begründung einer Intensivitätsprüfung	231
3.2 Keine teleologische Reduktion	232
3.3 Unzulässigkeit eines Notifizierungsverfahrens	233
3.4 Ergänzende Auslegung des Tatbestands	234
4. Beitrag zur Problemlösung	235
4.1 Problem der Heranziehung wirtschaftlicher und finalitätsbezogener Aspekte.....	236
4.2 Kombinierter Lösungsansatz	237
4.3 Heranzuziehende Prüfungsmerkmale	238
V. Zu berücksichtigende Interessen.....	239
1. Schützenswerte Interessen	239
1.1 Die schützenswerten Interessen des Zeichenverwenders	239
1.1.1 Fehlende Berechtigung als Indiz einer Verletzung	240

1.1.2 Schützenswerte Interessen bei rechtmäßigem Zeichengebrauch.....	241
1.2 Die schützenswerten Interessen des Zeicheninhabers	243
1.3 Die berechtigten Interessen des Verkehrs.....	246
2. Zwischenergebnis.....	247
VI. Eigener Lösungsansatz	248
1. Ausgangssituation und Zielsetzung	249
2. Systematische Prüfung.....	251
2.1 De minimis	252
2.2 Betrachtung einer Wechselwirkung	253
2.2.1 Gründe für die Betrachtung einer Wechselwirkung	254
2.2.2 Zu berücksichtigende Aussage einer Wechselwirkung	256
2.3 Prüfung der Wechselwirkung	257
2.3.1 Gewichtung der (wirtschaftlichen) Beeinträchtigung (Position 1).....	257
2.3.1.1 Betrachtung der Umsatzentwicklung	257
2.3.1.2 Betrachtung Kenntnisnahme beim angesprochenen Verkehrskreis	258
2.3.1.3 Bestimmung der Stufe einer (wirtschaftlichen) Beeinträchtigung	260
2.3.2 Gewichtung des zielgerichteten Profitierens (Position 2)	261
2.3.2.1 Bestimmung der Stufe eines zielgerichteten Profitierens....	262
2.3.2.2 Vorabprüfung eines Rechts zur Benutzung des Zeichenverwenders im Ausland	262
3. Die relevanten Umstände eines zielgerichteten Profitierens (Position 2).....	264
3.1 Relevanz der Umstände allein für Aspekte der Finalität	265
3.2 Gruppen von relevanten Umständen	266

3.2.1 Erste Gruppe	267
3.2.1.1 Erhöhte Bedeutung der Umstände der ersten Gruppe.....	267
3.2.1.2 Ergänzende Betrachtung eines konkreten Wettbewerbsverhältnisses	269
3.2.2 Zweite Gruppe	273
3.2.2.1 Umstände zur Bestimmung der Stufe des zielgerichteten Profitierens	273
3.2.2.2 Berücksichtigung eines „Keyword Advertising“	275
3.2.3 Einzelfallbezogene Gesamtabwägung	276
4. Zusammenfassung und Anwendungsbeispiel.....	276
4.1 Zusammenfassung	276
4.2 Anwendungsbeispiel	277
VII. Weitere notwendige Begrenzung.....	279
1. Verbleibende Schutzlücken aufgrund der begrenzten Anwendbarkeit des sachrechtlichen Korrektivs	280
2. Ergebniskorrektur über die Anwendung der Grundsätze des ordre public.....	281
2.1 Meinungsstand	281
2.2 Stellungnahme	284
Zusammenfassung der Thesen und Fazit.....	287
I. Begrenzungsmöglichkeiten auf Ebene des Kollisionsrechts (Teil 1)	287
II. Begrenzungsmöglichkeiten auf Ebene des Sachrechts (Teil 2).....	289
Literaturverzeichnis.....	295